

P r o t o k o l l

der 25. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Sport am 10. Oktober 2007 in der Grundschule "Greif"

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Anwesenheit

Herr Bogaczyk
Herr Carls
Frau Dr. Fassbinder
Herr Frisch
Frau Hochheim
Herr Hübner
Frau Weidemann für Frau Kropidlowski
Herr Multhauf
Frau Walther
Herr Walther

Entschuldigt

Herr Radicke
Frau Thonack
Herr Dr. Behrens

Verwaltung

Herr Dembski
Frau Franz
Herr Petschaelis

Gäste

Frau Hennings, Schulleiterin Grundschule Greif
zahlreiche Lehrer und Mitglieder der Schulkonferenz der
Grundschule Greif
Frau Kagel, Schulleiterin der IGS „Erwin Fischer“
Herr Bartl, Sportbund Greifswald
Frau Dr. Prinz, Jugendkunstschule

einige Ausführungen zur Greif-Grundschule.

Zu TOP: 2 Informationen der Schulleiterin der Grundschule "Greif"

Frau Hennings begrüßt alle Anwesenden und betont noch einmal, dass die Schule sehr dankbar ist über den Beschluss, die Planungsgelder in Höhe von 100.000 € freizugeben. Frau Hennings berichtet, dass es bereits eine Begehung im Gebäude des jetzigen Herdergymnasiums gegeben hat, bei der aber ihre Teilnahme ausdrücklich nicht erwünscht war. Sie gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es denn nun auch wirklich losgehen kann, dass die Schulleitung mit einbezogen wird und bittet den Ausschuss, auch künftig bei den nachfolgenden Schritten um Unterstützung.

Frau Hennings zeigt als schönes Beispiel einen kleinen Film über eine Grundschule in Berlin, die grundschulgerecht umgebaut wurde. Sie und die Schulkonferenz wenden sich an alle Entscheidungsträger, den Verkauf der jetzigen Grundschule Greif zu verhindern. Gleichzeitig nennt Frau Hennings Beispiele für spätere Nutzungsmöglichkeiten des Geländes nach Abriss des Gebäudes.

Zu TOP: 3 Problematik Greif-Schule

Herr Multhauf unterstützt das Bemühen der Schule und ist der Meinung, dass gerade Schönwalde I und II soziale Brennpunkte sind. Er findet es schlimm, dass Frau Hennings von der Begehung ausgelassen wurde. Der Rahmenplan für Schönwalde I sieht etwas anderes für diesen Standort vor, vor allem keinen Verkauf. Es dürfen nicht noch mehr Orte mit „Privateigentum, Betreten verboten“ entstehen.

Herr Dembski sagt, dass er recherchiert hat, dass es sich um eine Architektenbegehung gehandelt habe. Die eigentliche Begehung findet noch statt und Frau Hennings wird dazu eingeladen.

Herr Petschaelis bestätigt, dass es einen Rahmenplan gibt, in dem vorgesehen ist, die Greifschule abzureißen und eine Freifläche zu gestalten (Begrünung, Spielplatz, Wegeführung zur Sporthalle, Parkplatz,...). Bei der Erarbeitung der Aufgabenstellung für den grundschulgerechten Umbau des Herdergymnasiums wurde festgestellt, dass die Räume im Gebäude des jetzigen Herdergymnasiums für die Grundschule und den Hort für eine Dreizügigkeit ausreichend sind, deshalb sind auch Vorbehaltsflächen für eventuelle Erweiterungsmöglichkeiten notwendig.

Herr Petschaelis betont, dass es wichtig ist, in Schönwalde I eine attraktive kommunale Schullandschaft zu schaffen, weil gerade dieser Stadtteil durch vergangene notwendige Schulschließungen und -zusammenlegungen schon arg belastet wurde.

Herr Multhauf bittet Herrn Dembski, auf der nächsten Ausschusssitzung eine Zeitschiene für den Umbau und Umzug der Greifschule vorzulegen.

An Herrn Petschaelis ergeht die Bitte, aufzuzeigen, wie viel Schullastenausgleich für einen Schüler an einer privaten Schule gezahlt

werden muss.

Daraufhin erläutert Herr Dembski, dass es so viel ist, wie für einen Schüler an einer vergleichbaren kommunalen Schule aufgewendet werden muss.

Herr Dembski macht noch einmal auf die angespannte finanzielle Situation der Stadt aufmerksam. Er betont aber, dass trotzdem Mittel und Wege gefunden werden müssen.

Frau Weidemann bringt zum Ausdruck, dass ihr gerade der Standort Schönwalde I am Herzen liegt. Die Verwaltung sollte die Betroffenen rechtzeitig einbeziehen. Es geht hier nicht nur um die Sanierung des Herdergebäudes, sondern um den Standort insgesamt. Das Gebäude der jetzigen Greifschule darf auf keinen Fall verkauft werden, sonst wird die Greifschule von einer privaten attraktiven Schule eingekreist. In der Mitte würden dann nur noch die sozial schwächeren Schüler lernen. Es wäre keine gesunde soziale Mischung mehr gegeben.

Frau Hochheim möchte, dass die Verwaltung in der nächsten Bürgerschaftssitzung mitteilt, wie die Pläne aussehen.

Herr Dembski antwortet darauf, dass es noch keine Verwaltungsmeinung gibt, man kann noch nichts Endgültiges sagen. Aber die Bedenken sind angekommen und Herr Dembski teilt diese Bedenken.

Herr Hübner stellt an die Verwaltung die Anfrage, ob es denn wirklich einen Interessenten gibt und seit wann das Interesse besteht, das Grundstück zu kaufen.

Ein Vater und Vertreter der Schulkonferenz betont, dass an der Greifschule qualitativ gute Arbeit geleistet wird, die unbedingt erhalten werden muss.

Zu TOP: 4 Abstimmung der Tagesordnung

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 1 Enthaltung

Zu TOP: 5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau Dr. Prinz, Leiterin der Jugendkunstschule, hat ein Problem mit dem Schulverwaltungs- und Sportamt (40) und dem Immobilienverwaltungsamt (23):

Frau Dr. Prinz hat den Bau von zwei Pavillons beantragt und dafür 6.000 € Landesförderung bekommen (geplant war Kollwitzschule - ist realisiert - und Krullschule - nicht machbar, neuer Standort evtl. Nexöschule).

Amt 40 verweist an Amt 23. Der Amtsleiter des Amtes 23 verweigert Übernahme und fühlt sich nicht zuständig. Im Mai hat Frau Dr. Prinz die Genehmigung von Amt 23 erhalten, dass gebaut werden kann und jetzt will scheinbar keiner die Pavillons, weil Wartungsarbeiten (finanzielle Belastung) kommen könnten. Frau Dr. Prinz fragt sich, wofür sie sich so engagiert, wenn die Verwaltung solche Probleme schafft.

Herr Petschaelis antwortet, dass er es grundsätzlich sehr positiv bewertet, wenn sich Vereine und Institutionen für die Einwerbung

zusätzlicher Fördermittel an kommunalen Schulstandorten engagieren. Fertiggestellte Baulichkeiten sind aus seiner Sicht zunächst von der zuständigen Fachverwaltung (Amt 23) zu übernehmen und dann dem zukünftigen Nutzer (Amt 40) zu übergeben.

Herr Dembski sagt eine Klärung innerhalb der Dezernate zu.

Frau Kagel, Leiterin der Integrierten Gesamtschule „Erwin Fischer“, hat mit den Zuständigkeiten der Ämter ebenfalls Sorgen:

Seit März gibt es Beschwerden zur Sicherheit der Spielgeräte auf ihrem Schulgelände. Aber kein Amt (Immobilienverwaltungsamt oder Tiefbau- und Grünflächenamt) fühlt sich zuständig, es erfolgte bisher keine Reaktion!

Herr Dembski bittet, sich bei Problemen direkt an ihn zu wenden (anrufen oder mailen), damit er das mit seinen Ämtern klären kann.

Zu TOP: 6 Kontrolle der Festlegungen vom 29.08.07

- Sparkassengelder: nächste Sitzung (nicht öffentlich)
- Sanierung Kollwitz-Sporthalle: 300.000 €

Herr Carls fragt noch einmal nach der Zusammensetzung
Herr Petschaelis antwortet, dass es sich um einen Pauschalansatz handelt, der zum jetzigen Zeitpunkt nicht detaillierter angegeben werden kann als in der Aufstellung geschehen und verweist auf die Zuarbeit von Herrn Adolph.

Herr Carls bringt seine Unzufriedenheit mit der Beantwortung durch das Tiefbau- und Grünflächenamt zum Ausdruck und stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:

Antrag:

Der Ausschuss für Bildung, Universität und Sport verfasst an Herrn Wixforth (Tiefbau- und Grünflächenamt) eine Erklärung, in dem sich der Ausschuss mit der Art der Beantwortung und der Beantwortung selbst unzufrieden zeigt und eine eindeutige Klärung der Fragestellung 1 - 4 fordert:

1. Was umfasst den Bereich der Straße An der Mühle?
2. Welche Arbeiten sind geplant?
3. Wieso ist im Bereich der Arndtschule zz. nichts zu veranlassen?
4. Ist ein Geländer zur Schulwegsicherung technisch nun möglich oder nicht?
Wenn nicht, warum nicht?

Abstimmung:

Diese Erklärung bzw. dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP: 7 Diskussion der Beschlussvorlage

Zu TOP: 7.1 Änderung der Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft

Die Vorlage der CDU, SPD, FDP und BG wird diskutiert. Herr Dembski erläutert einen Kompromissvorschlag der Verwaltung. Der Ausschuss ist sich einig, dass „rückwirkend“ nicht machbar ist, wenn, dann sollte die Änderung ab 2008 gelten.

Herr Bogaczyk bringt als Ausschussmitglied und im Auftrag des Sportbundes und zahlreicher Vereine einen Änderungsantrag zur Vorlage ein. Er wird beauftragt, diesen in die vorliegende Vorlage einzuarbeiten und an die Bürgerschaftskanzlei abzureichen.

Abstimmung zum Änderungsantrag:
Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Abstimmung zur Vorlage:
Durch Abstimmung zum Änderungsantrag hinfällig.

Zu TOP: 8 Bestätigung des Protokolls vom 29.08.07

Abstimmung: 6 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Zu TOP: 9 Informationen der Verwaltung

Herr Petschaelis informiert:

- Die Schulentwicklungsplanung (SEP) für die Beruflichen Schulen ist genehmigt worden. Sie ist jährlich fortzuschreiben, weil sich durch den Geburtenknick in den nächsten Jahren umfangreiche Veränderungen ergeben und intensive überregionale Abstimmungen mit den anderen Gebietskörperschaften notwendig werden.
- Das Landesförderinstitut hat für die Zuwendungsbescheide zum Anbau Humboldtgymsnasium und Multifunktionsgebäude Fischerschule den Bewilligungszeitraum bis 31.08.2008 verlängert.

Frau Walther und Herr Multhaus stellen den Antrag, den Ausschuss zum Baubeginn mit einzuladen. Außerdem erwarten sie auf der nächsten Bürgerschaftssitzung Auskunft über die Einhaltung der Zeitschiene: Warum verzögert sich das so? Antwort wird von den politisch Verantwortlichen erwartet, nicht vom begleitenden Amt.

Zu TOP: 10 Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Hübner hat keine weiteren Informationen. Er hofft aber, dass auf

der nächsten Sitzung endlich ein neuer Vorsitzender gewählt werden kann.

Zu TOP: *Informationen des Sportbundes*
11 *(zugearbeitet von Herrn Bartl)*

1. Am 7. Sportfest der Gymnasien Vorpommerns

beteiligten sich 16 Gymnasien der Gebietskörperschaften HGW, HST; NVP, OVP und RÜG mit insgesamt 900 Aktiven. Sieger wurde das Gymnasium Ribnitz–Damgarten knapp vor dem Jahn-Gymnasium HGW.

2. Problematik Schwimmhalle

Hier fühlen sich die Sportvereine zunehmend ausgegrenzt und unangemessen behandelt. Wegen scheinbar unentgeltlicher Nutzung der Anlage werden sie als Schmarotzer und Ballast betrachtet und zum Teil schikaniert. Insgesamt ist die Atmosphäre unangenehm belastet. Andererseits hat die Schwimmhallenleitung berechtigtes Interesse an der Einhaltung der Hausordnung und bestimmter Gepflogenheiten. Undiszipliniertheiten von Vereinsschwimmern, die zu spät und dann noch ohne Mitgliedsausweis erscheinen, muss entgegengetreten werden. Der Sportbund geht davon aus, dass sowohl den Mitarbeitern als auch insbesondere der Schwimmhallenleitung nicht bewusst ist, dass die Stadt jährlich mehr als 450.000,- € für die Nutzgruppen Schule und Verein an die Stadtwerke überweist. In einer öffentlichen Einrichtung muss man sich aber auch den erforderlichen Kontrollmechanismen unterwerfen. Zum Ausräumen offensichtlicher Missverständnisse wird der Sportbund Herrn Kleinschmidt oder gegebenenfalls Herrn Holzportz zu einem gemeinsamen Gespräch mit den betroffenen Nutzern einladen.

3. Problematik Erbpacht

Vereine, die - wie der GRV - bestrebt sind, ihre Pachtverträge in Erbbaurechtsverträge umzuwandeln, werden durch das Immobilienverwaltungsamt mit unverhältnismäßig hohen Kosten belastet. (Vermessungsgebühren, Wertgutachten). Die Wertgutachten werden zudem auf der Grundlage der jetzt vorhandenen Gebäudequalität erstellt, die durch die Arbeit der Vereine und Zuschüsse des Landes erreicht wurde. Das kann man nicht hinnehmen, zumal es sich um gemeinwohlorientierte Vereine handelt und die Stadt durch Verpachtung nicht mehr selbst bewirtschaften muss und Kostenersparnis hat.

4. Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor Breitensport

In dieser Sache ist Herr Bartl im Auftrag der Vereine seit 2004 mit den Ministerien des Landes im Gespräch. In einer Beratung mit dem Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, des LSB und dem Leiter

des Arbeitsamtes Nord soll hier Mitte November eine Lösung gefunden werden.

5. Turnhalle Jahngymnasium

Tag und Nacht offene Fluchttüren, seit Wochen defekte Klingel, nicht regelbar kochendes Wasser in Dusche und Heizung. Was ist los? Folge der Hausmeisterpoolbildung?

Sportbund und HGW haben sich für die **Aktion des DOSB „Aktivste Stadt Deutschlands“** beworben und die 2. Wettbewerbsrunde erreicht. Der Siegerstadt winkt eine Prämie von 100.00,-€. Weitere Informationen dazu erteilt die Geschäftsstelle des SB HGW.

Zu TOP: *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*
12

Herr Multhauf kritisiert, dass die Tagesordnung nicht nur von der Verwaltung erstellt werden darf, es müssen auch Themen des Ausschusses behandelt werden.

Dazu erwiedert Herr Dembski, dass es z. B. heute keine Themen der Verwaltung auf der Tagesordnung gibt. Die eingebrachte Beschlussvorlage kommt aus dem politischen Raum.

Außerdem merkt Herr Multhauf an, dass der Vertreter der Universität zum wiederholten Male nicht anwesend ist.

Dazu erinnert Herr Petschaelis, dass Herr Dr. Behrens sich vor längerer Zeit geäußert hat, dass er versuchen wird anwesend zu sein, wenn es Themen auf der Tagesordnung gibt, die die Universität betreffen.

Herr Multhauf führt zur Prioritätenliste des Haushalts an, dass es für ihn unverständlich ist, dass auf der einen Seite 15 Mio € für die Bahnparallele ausgegeben werden, Spielplätze aber „nicht finanzierbar“ sind.

Herr Multhauf ist der Meinung, dass durch die Briefe des Immobilienverwaltungsamtes an die Vereine zum Abschluss von Erbbaupachtverträgen viel Schaden verursacht wurde.

Frau Hochheim macht den Vorschlag, die nächste Ausschusssitzung in der Allgemeinen Förderschule durchzuführen.

Außerdem fragt Frau Hochheim nach, warum es mit dem Fußballfeld auf dem Schießwall nicht klappt.

Herr Petschaelis erklärt, dass im Rahmen einer Vorortbegehung am 09.10.07 mit Vertretern des Baudezernates und der Denkmalschutzbehörde festgestellt wurde, dass ein Fußballfeld mit Kunstrasen sowie kunststoffbeschichtete Flächen auf Grund der Untergrundverhältnisse und des denkmalgeschützten Schießwalls an diesem Standort nicht realisierbar sind. Der vom DFB geförderte Bolzplatz soll deshalb bei eventueller Zuschlagserteilung und

Finanzierung an der Grundschule „Martin Andersen Nexö“ errichtet werden.

Herr Carls erinnert daran, dass auf der letzten Sitzung die eventuelle Nutzung der Sportanlage des Jahngymnasiums durch die Kollwitzschule angesprochen wurde. Er möchte wissen, ob das geprüft wurde.

Herr Petschaelis erwidert, dass das die Schulen auf der Grundlage der konkreten Stundenplanung unter sich klären.

Frau Weidemann ist dafür, die Universität anzusprechen, um eine bessere Zusammenarbeit zu fördern. Man könnte erwägen, auch einmal in einem Universitätsgebäude zu tagen.

Herr Multhauf beantragt eine Zeitschiene zum Multifunktionsgebäude an der Fischerschule (s. Pkt. 9). Er empfiehlt allen Mitgliedern, sich die Haushaltsliste genau anzusehen.

Herr Multhauf hält den Schulnamen „Martin Andersen Nexö am Ryck“ für äußerst unglücklich. An dem Standort muss der Name „Caspar David Friedrich“ wieder zum Tragen kommen.

Herr Petschaelis erklärt, wie es dazu kam und dass die Schulkonferenz bereits die Umbenennung beschlossen hat. Die Umbenennung wird im Frühjahr stattfinden. Dazu wird eine Bürgerschaftsvorlage vorbereitet.

Herr Multhauf bittet Herrn Dembski, seine Bezeichnung als Senator zu prüfen. Sport kommt darin nicht vor.

Herr Dembski erwidert, dass er auch für Frauen und Behinderte zuständig ist, die kommen auch nicht vor. Das ist keine Diskriminierung. Das wäre einfach zu viel, zu umfangreich.

Herr Multhauf erinnert an die Vorkommnisse im Volksstadion gegenüber der türkischen Fußballmannschaft und bittet den Sportbund zu prüfen, was in der Stadienordnung geändert werden kann, um gegen Rassismus vorzugehen.

Zu TOP: *Sonstiges*
13

Die nächste Ausschusssitzung findet am 14.11.2007 voraussichtlich in der Allgemeinen Förderschule (Wolgaster Straße 62) statt.

Zu TOP: *Schluss der Sitzung*
14

Die Ausschusssitzung ist um 20:40 Uhr beendet.

gez. Edwin Hübner
Ausschussvorsitzender

gez. E. Franz
für das Protokoll

Anlage 1
66 Tiefbau- und Grünflächenamt

16.10.2007

40 Schulverwaltungs- und Sportamt

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Sport vom 10.10.07
TOP 6- Kontrolle und Festlegungen, Fragen 1-4 Schulwegsicherung

1. Was umfasst den Bereich der Straße An der Mühle?

Die Straße An der Mühle liegt in Greifswald in der Gemarkung Wieck und zum Teil in der Gemarkung Eldena auf der südlichen Ryckseite und verbindet die Wiecker Brücke mit der Wolgaster Landstraße. Im Streckenabschnitt zwischen der Wiecker Brücke und dem Beginn des Treidelpfades ist die Straße nur eingeschränkt mit separierten Gehwegenanlagen und gar nicht mit einem straßenbegleitenden Radweg ausgestattet. Wegen der städtebaulichen Entwicklung in Wieck und Ladebow ist die Bedeutung dieser Strecke als Schulweg für Schulkinder aus Wieck und Ladebow zu den schulischen Einrichtungen insbesondere im Ostsee-Viertel in den letzten Jahren gewachsen. Diese Situation birgt insbesondere in den Morgenstunden im Winter und bei schlechter Sicht Gefahren für die Sicherheit der Kinder. Durch das Auftragen eines Fahrradstreifens bzw. Fahrradschutzstreifens und Änderungen an der vorhandenen Markierung soll hier die Sicherheit der Schulkinder auf dem Schulweg erhöht werden. Der beauftragte Bereich umfasst den Abschnitt von der Wiecker Brücke bis zum Anschluss an den bereits vorhandenen kombinierten Geh- und Radweg in Höhe des Beginns des Treidelpfades.

2. Welche Arbeiten sind geplant?

Die vorhandene Markierung wird entfernt und eine neue wie bei 1. beschrieben hergestellt.

3. Wieso ist im Bereich der Arndtschule z.Z. nichts zu veranlassen?

Der Grundsatz bei besonderen Eingriffsregelungen in den Straßenverkehr, zu denen auch die Anordnung der Anbringung einer Verkehrseinrichtung „Geländer“ gehört, lautet „so wenig wie möglich und nur so viel wie nötig“.

Daraus folgt, dass zur Zeit nichts zu veranlassen ist, da es zur Zeit keine negativen verkehrgefährlichen Auffälligkeiten oder entsprechenden naheliegenden Gefahrenprognosen gibt.

Die zu Beginn des Schuljahres 2006 durchgeführten Maßnahmen zur Erhöhung der Schulwegsicherung im Bereich der Arndt-Schule hatten einen Kostenumfang von 27.150 Euro. Die Leistungen beinhalteten umfangreiche Änderungen an der vorhandenen Markierung und die Instandsetzung von Geh- und Radwegen. Die damals gestellten Ziele wurden mit den Änderungen im Bereich Goethestraße, Stephanistraße und Arndtstraße realisiert. Im Abschnitt der Goethestraße zwischen Gützkowerstraße und Arndtstraße existiert ein hinreichend breiter Gehweg. Für den Fahrzeugverkehr ist eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von

30 Km/h angeordnet. Bestandteil der Fahrbahn ist ein Radfahrerschutzstreifen, der allein wegen der optischen Wirkung zu einem Anstandsabstand zwischen dem Kraftfahrzeugverkehr und dem Gehwegverkehr führt. Das genügt nach jetzigem Erkenntnisstand auch zur Absicherung eines fußläufigen Schulwegverkehrs von Schülern im Regionalschulalter in dem betroffenen Straßenabschnitt. Weitere Anordnungen an das Tiefbau- und Grünflächenamt als Straßenbaulastträger existieren nicht.

4. Geländer Goethestraße ?

Es ist im übrigen auch nicht opportun, ein Geländer in der Goethestraße im unter 3. oben beschriebenen Abschnitt zu setzen. Durch die in die Gehwegsflächen hineinragenden Kellerlichtschächte der angrenzenden Gebäude und wegen der im Gehwegsbereich stehenden Beleuchtungsmasten sowie unter Berücksichtigung des einzuhaltenden Sicherheitsabstandes (Lichtraumprofil) von mindestens 30 cm vom Geländer zur Fahrbahn ergeben sich in Teilstrecken Gehwegrestbreiten von nur 110 cm. Das sind unnötige und behindernde Einengungen insbesondere zu Lasten von Rollstuhlfahrern und Rad fahrenden Kindern unter 10 Lebensjahren.

Wixforth